

14. Oktober 2015

Thema Zuwanderung: Wir müssen STOP sagen ! und das auch Stück für Stück umsetzen !

Jörn Kruse

Sehr geehrte Frau Präsidentin, Sehr geehrte Damen und Herren ,

wir haben hier in Hamburg mit der plötzlichen Zuwanderung vieler Menschen eine Herausforderung gewaltigen Ausmaßes zu bewältigen - ebenso wie in vielen anderen Städten und Gemeinden in Deutschland. Hamburg stellt sich dieser Herausforderung und tut sein Bestes.

Damit meine ich sowohl die Politiker als auch die vielen Mitarbeiter der Behörden und der Hilfs-Organisationen und ebenfalls die vielen freiwilligen Helfer aus der Bevölkerung. Sie machen einen tollen Job - und ich möchte mich explizit bei allen dafür bedanken.

Ökonomisch bezeichnet man das, was hier abläuft, als einen Stau - nämlich das Umschlagen von Quantität in (schlechtere) Qualität der Nutzung der Infrastruktur bzw. generell der Kapazitäten (und zwar materiell und personell). Ebenso wie zu viele Autos den Nutzen der betroffenen Straßen mindern und zu viele Nutzer pro Zeiteinheit die Internet-Qualität reduzieren, sind auch bei den Migranten die Mengen das Problem.

Die Migranten haben sich nicht angemeldet - sie waren einfach da. Und es kommen täglich neue. Und sie schaffen täglich neue und verschärfte Probleme. Es soll niemand sagen, er hätte das vorhergesehen. Das wäre unseriös. Niemand konnte mit diesen enormen Mengen rechnen. Und selbst wenn viele Infrastrukturen (z.B. an Unterkünften) und das geeignete Personal hätte man dennoch nicht kurzfristig vervielfachen können.

Der Einzelfall ist theoretisch simpel: Wir würden gern jeder Flüchtlings-Familie aus Aleppo direkt eine Wohnung zuweisen. Aber jeder weiß, dass die Kapazitäten nicht da sind und wir mit Containern, Zelten und Baumärkten improvisieren müssen. Ganz abgesehen von dem erforderlichen Betreuungspersonal, das permanent überlastet ist.

Improvisieren heißt häufig auch, mit second-best zufrieden sein zu müssen. Und das sollten wir auch bei aller Kritik im Blick behalten. Es ist sicher nicht schön, wenn Flüchtlinge in einem Ex-Baumarkt ankommen, und er ist nicht ausgefegt. Aber es wäre eher erstaunlich, wenn im Flüchtlings-Stress alles auf Anhieb optimal klappen würde.

Wie gesagt: die Zuwanderer haben sich nicht vor Wochen oder Monaten angemeldet und sie können auch keinen Hotel-Standard erwarten. Was die Schlepper-Banden ihnen über das Paradies Deutschland erzählt haben, kann nicht der Maßstab für uns sein. Die schiere Menge erzwingt, dass sie mit best-effort zufrieden sein müssen. Dieser best-effort (also unser bestes Bemühen) ist, was Hamburg kann und was Hamburg tut. Auch was den Schutz gegen Kälte im Winter betrifft.

Aber nicht alle, die kommen, sind echte Flüchtlinge, die Mitgefühl und Hilfe verdienen. Viele sind ganz banal Wirtschafts-Migranten, die eine gute Gelegenheit nutzen wollen, ins reiche Deutschland zu kommen, und dabei oft ganz illusionäre Vorstellungen haben. Diese nehmen den echten Flüchtlingen die Plätze weg, und die Infrastrukturen und die menschliche Hilfe, die diese wirklich bräuchten. Und sie verschärfen damit das genannte Stau-Problem.

Es ist deshalb überhaupt nicht zu akzeptieren,

- * dass die abgelehnten Asylbewerber nicht sofort abgeschoben werden,
- * und dass die Asylverfahren so lange dauern. Auch das ist ein Problem überlasteter Infrastruktur (in diesem Fall die Kapazität der Entscheider) .

Der Mengendruck sollte erzwingen, dass wir diese Entscheider für Zweifelsfälle einsetzen, nicht für Fälle, die klar sind. Das gilt insbesondere für Migranten aus Albanien und anderen sicheren Drittstaaten. Warum belasten wir unsere Kapazitäten mit solchen Leuten ?

Solange das der Fall ist, gibt es auch keine Rechtfertigung für Eingriffe, die an die Substanz unserer Gesellschaftsordnung gehen. Das Beschlagnahme-Gesetz, das die Bürgerschaft vor 14 Tagen hier beschlossen hat, ist ein schwerwiegender Eingriff in ein fundamentales Grundrecht unserer Gesellschaft -- nämlich in das Eigentumsrecht.

Und ich habe mich gefragt, ob die Kollegen von Rot und Grün eigentlich wissen, was sie da tun - oder ob sie unter dem Stress der Migrantenmengen den Überblick über die Fundamente des Staates verloren haben.

Mich hat das an den 10. Mai 2010 erinnert, als Frau Merkel mit einem Federstrich die No-Bail-out-Klausel außer Kraft gesetzt hat (wohlgemerkt, eine der wichtigsten Bedingungen dafür, dass Deutschland überhaupt den Euro und damit die Abschaffung der D-Mark akzeptiert hat). Das war illegal und unvernünftig - wirtschaftlich und politisch. Die Kosten werden wir noch lange tragen müssen. Ich habe mich damals auch gefragt, ob sie weiß, was sie tut. Heute, nach 5 Jahren, glaube ich, dass sie nicht wusste, was sie tat.

Und damit komme ich zum eigentlichen politischen Haupt-Problem der gegenwärtigen Zuwanderungs-Ströme. Anders als nach einem verheerenden

Erdbeben (plus Tsunami) sind die Zuwanderungs-Ströme nicht gänzlich exogen und sie sind auch nicht irgendwann von selbst vorbei.

Quantitativ gesehen ist die Zuwanderung für Deutschland nur zu einem Teil exogen - als Folge insbesondere des syrischen Bürgerkrieges und der barbarischen Verbrechen des radikal-islamistischen IS. Einige sprechen hier von einem Push-Faktor für Europas Außengrenzen.

Ein anderer Teil ist endogen, als Folge unserer eigenen Politik. Wir erzeugen Anreize für zigtausende und hunderttausende Menschen aus dem nahen und mittleren Osten und aus Afrika, zu uns zu kommen. Kriminelle Schlepperbanden verstärken diese Anreize durch Lügen über die Bedingungen in Deutschland. Ich würde sagen, wir produzieren aus Mitleid, Naivität und Dummheit Fehl-Anreize für Menschen, ihre Heimat zu verlassen und sich auf den Weg nach Deutschland zu machen. Wir locken sie geradezu an. Das ist der Pull-Faktor.

Der bisherige Höhepunkt dieser Lockrufe war die Einladung der Kanzlerin Angela Merkel an alle Flüchtlinge, zu uns zu kommen. Motto : Wir schaffen das! Wer ist "WIR"? etwa die Kanzlerin? Nein, Frau Merkel inszeniert sich als Mutter Teresa und läßt die Probleme bei den Kommunen und für die Zukunft bei der Bevölkerung ab.

Und sie isoliert sich in Europa, das ihr ja angeblich am Herzen liegt. Nicht nur die Polen und die Ungarn, sondern auch die Engländer und Franzosen fragen sich seit einiger Zeit, ob Frau Merkel weiß, was sie tut.

Ich persönlich glaube nicht, dass ihr bewusst ist, was sie mit ihrer Politik anrichtet. Denn die Probleme kommen erst noch. Viele Zuwanderer sind fremder, als die meisten Gutmenschen hier glauben. Und vor allem sind es viel zu viele. Ihre Integration in unsere Gesellschaft (oder mindestens in ein friedliches und gedeihliches Zusammenleben mit uns) ist schon für kleinere Gruppen eine Riesenaufgabe, die unsere ganze Kraft erfordert. Und wir sollten alle daran mitwirken, das das gelingt.

Jetzt im Advent werden wir für dieses Jahr die Millionengrenze erreichen. Wann haben wir zwei Millionen, wann drei, wann vier? Anders als bei meinem obigen Erdbeben-Beispiel, wo die Zahl der Opfer, die umsiedeln wollen, endlich ist, gilt das bei der gegenwärtigen Zuwanderung nicht. Die Quellen potentieller Migranten im Nahen und Mittleren Osten und in Afrika gehen in die Zig-Millionen und wachsen stetig an.

Die Zahlen der Zuwanderer überfordern viele Städte und Gemeinden schon jetzt. Die Migranten werden Deutschland verändern und zwar nicht zum Positiven. Wir müssen STOP sagen und das Stück für Stück auch durchsetzen -- bevor die Probleme uns überrollen und es zu Gewalt kommt.

Sehr viele Menschen hierzulande sind darüber besorgt und sie wissen, dass unsere Politische Klasse die Probleme nicht im Griff hat. Und sie wird sie auch nicht rechtzeitig in den Griff bekommen, wenn sie jetzt nicht offen sagt, was die Probleme sind und vor allem, wie sie die Mengen erheblich reduzieren wollen und können. Zu sagen, es gäbe keine Lösung, ist eine Bankrotterklärung der Politik.

Angela Merkel ist jetzt bei der Zuwanderung so ohnmächtig wie der Zauberlehrling in Goethes Ballade. Aber sie ist immer noch mächtig genug, Deutschland nachhaltig zu schaden, weil die CDU sie gewähren lässt. Tradition Kanzler-Wahlverein. Solange die CDU in Berlin und Hamburg nicht umsteuert und sich nicht klar in Richtung Vernunft und Nachhaltigkeit positioniert, Herr Trepoll, kann ich ihre Kritik am Hamburger Senat nicht allzu ernst nehmen. Wenn die Probleme in Berlin gemacht werden, können sie nicht in Hamburg gelöst werden.

Und die SPD? Die regiert in den meisten Bundesländern und in den meisten Städten. Und ihre Vertreter machen vor Ort in vielen Fällen den Job, der nötig ist, um die Probleme zu mildern. Sie ist diesbezüglich quasi die deutsche Praxis-Partei. Und viele der SPD-Praktiker in den Kommunen wissen, dass die Zuwanderung in diesem Ausmaß nicht lange so weitergehen kann. Sie wissen um die Probleme (wohl mehr als die Kanzlerin) und sie ahnen zumindest, dass noch ganz andere Probleme auf uns alle zukommen werden.

Und die SPD-Spitze? Die eiert wieder mal rum. Aus Angst vor den Partei-linken? Aber ich sage ihnen, liebe Kollegen von der SPD-Fraktion: Wenn sie bei diesem existentiellen Problem der Zuwanderung nicht (ohne ideologische Scheuklappen) praktische Lösungen finden und die Probleme für die Bürger in den Griff kriegen, dann werden sie bei Bundestagswahlen noch lange dem schwarzen Kanzler-Wahlverein hinterherlaufen.

Ich hoffe, sie sorgen auch auf Bundesebene - wo sie ja in der Regierung sind - für eine lösungsorientierte, nachhaltige Politik in der Zuwanderungsfrage. Hamburg kann und soll sein Bestes tun, die Flüchtlinge gut zu integrieren. Gelöst werden kann das Problem nur in Berlin und Brüssel. Und das ist zur Zeit keine gute Aussicht. Aber wir alle werden schnell dazulernen müssen - auch die Bundesregierung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.